DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 15. Landesparteitages 10. Oktober 2020

D. Dringlichkeitsantrag

D.2. Resolution der LINKEN zum Erhalt des Schmiedewerks in Roßwein und gegen die Wirtschaftspolitik der Staatsregierung

Einreicher*innen: Marika Tändler-Walenta

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Mit Sorge nimmt der Landesparteitag zur Kenntnis, dass die sächsische Staatsregierung es duldet und sogar fördert, dass kleine und mittlere Unternehmen für einen begrenzten Zeitraum von großen Akteuren übernommen werden. In diesem Zeitraum werden mitunter Wirtschaftssubventionen der Landesregierung bezogen, während gleichzeitig die Infrastruktur der übernommenen Produktionsorte heruntergewirtschaftet wird, um den größtmöglichen Profit bei möglichst minimalen Investitionen zu erzielen.

Ein weiterer Fall ist das Schmiedewerk in Roßwein, aktueller Inhaber ist die Frauenthal-Gruppe aus Österreich, welche das Werk 2017 übernommen hat. Diese Gruppe rühmte sich zu Anfang des Jahres 2020 noch mit dem erfolgreichen Geschäftsjahr 2019, in welchem 395 Millionen Umsatz erwirtschaftet wurden. Gleichzeitig berichten die Mitarbeiter*innen davon, dass notwendige Wartungsarbeiten seit der Übernahme 2017 nicht mehr durchgeführt wurden, sondern die Maschinen durchliefen und lediglich bei Störungen wieder in Stand gesetzt aber nicht weitreichender gewartet wurden.

Im Weiteren befinden sich die Schmiedewerker*innen seit dem Corona Shut-Down in Kurzarbeit während jedoch zwei Schichten gearbeitet werden müssen, um die vorhandenen Aufträge zu erfüllen.

Wir erklären uns auf diesem Landesparteitag solidarisch mit allen Beschäftigten des Schmiedewerks und unterstützen die Forderungen der Beschäftigten sowie der IG Metall.

Unsere Forderungen an die Staatsregierung lauten daher wie folgt:

1. Erhalt des Schmiedewerks in Roßwein.
2. Aufbau von politischem Druck, um wirtschaftliche Abschreibungsobjekte von vornherein zu verhindern.

Falls sich Punkt 1 als unrealisierbar erweist, fordern wir die Staatsregierung dazu auf:

1. Sicherzustellen das die Beschäftigten entsprechend eines Sozialplans in wohnortnahe Unternehmen und Lohn-Niveau gleichwertige Unternehmen vermittelt werden.
2. Alternativ die Sicherstellung einer angemessen Abfindungszahlung.

<u>Begründung der Dringlichkeit:</u>

Während wir in Plauen tagen, findet auf dem Gelände des Schmiedewerks Roßwein eine Streikaktion statt um politische Aufmerksamkeit zu erlangen. Da es mir, aufgrund des Landesparteitags nicht möglich ist

mich vor Ort solidarisch zu zeigen sowie politische Unterstützung zuzusagen, möchte ich mit diesem Dringlichkeitsantrag dieses Signal der Solidarität durch unsere Partei übermitteln.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Entscheidung des Landesparteitages: